Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Colonelzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließl. Kartengebühr, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch steht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. – Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. – Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 125. **Mittwoch, den 1. Juni 1921.** **74. Jahrg.**

Schwarzenberg. Verkauf von Brennstoffen.

Auf der Hofwiese an der Uferstraße erfolgt
jeden Mittwoch
Verkauf von Stockholz und **Geschoßhörden.** Das Holz kann geschnitten und gehackt abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt an jedermann in beliebigen Mengen. Der Preis beträgt

für 1 Zentner geschnittenes Stockholz	Mk.	15.—
„ 1 „ gehacktes „	„	18.—
„ 1 Stück Geschoßhorb	„	1.—

Ferner haben wir im Malzhaus einen Posten **Briketts** und **Steinkohlen** lagern, die wir in dringenden Notfällen, z. B. Krankheiten usw., verkaufen.

Der Preis beträgt für 1 Zentner Briketts	Mk.	14.—
„ 1 „ Kohlen	„	10.50.

Schwarzenberg, den 31. Mai 1921. **Der Rat der Stadt.** — Ortskohlenstelle.

Tellerhäuser Straße

innerhalb Rittersgrün, Ortsteil Ehrenzipfel, wegen Walzarbeiten **vom 2. bis 8. Juni gesperrt.**
Verkehr: alte Tellerhäuser Straße.

Staatsforstrevierverwaltung Großpöhla.

Lebensunfähige Staatengründungen.

Man schreibt uns:

Ministerpräsident **Briand** hat in seiner Kammerrede vom 24. Mai, ohne es zu wollen, an der Staatengründungspolitik der Entente eine Kritik geübt, wie sie nicht vernichtender sein konnte. Er äußerte: „Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm auch seine Existenzmöglichkeit zu geben." Die Entente hat die Landkarte Europas mit einer Anzahl neuer Staatengebilde bevölkert, über deren Lebensmöglichkeit man sich in Paris und London erst jetzt nachträglich Gedanken zu machen beginnt. Derartige zweifelhafte Staatengründungen sind ja eine Spezialität der Franzosen, man denke nur an die Zeit der ersten Republik und Napoleons I. Von dem, was damals an Staatenfehlgründungen von Seiten Frankreichs in die Welt gesetzt wurde, sind größtenteils selbst die Namen in Vergessenheit geraten; werden diese Staatengebilde einmal erwähnt, so nur als Beweis für das geringe Verständnis Napoleons I. für nationale Seelengüter. Jetzt allerdings sollen die neuen Staaten auf Grund nationaler Notwendigkeiten, um des Selbstbestimmungsrechts der Völker willen ins Leben gerufen sein. Tatsächlich zeigt sich aber, daß dies Schlagwort nichts ist als ein Deckmantel für die brutalste Beraubung und Knechtung des Deutschtums. In Polen, in die Tschecho-Slowakei, in Jugoslawien, überall hat man Gebiete mit geschlossen oder überwiegend deutscher Bevölkerung einverleibt ohne die geringste Rücksicht auf deren Selbstbestimmungsrecht oder auch nur nationale Lebensmöglichkeit. Die Gebiete oder Nationen, die man als Träger der neuen Staaten machte, besitzen eben nicht die zur Staatenbildung unentbehrlichen Voraussetzungen. Tschechien z. B. kann nicht ohne die gewerbfleißige Bevölkerung Deutschböhmens bestehen, ebenso sind die anderen neuen Gebilde ohne ihre deutschen Elemente als Staaten nicht denkbar. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie ihre Kultur eben dem Deutschtum verdanken. Diese Staaten zu schaffen ohne Rücksicht auf die Deutschen oder vielmehr mit der Absicht, dadurch das Deutschtum zu schwächen und zu vernichten, ist sonach nicht nur ein nationales Verbrechen, sondern auch eine Kurzsichtigkeit, die sich rächen muß.

Was insbesondere Polen betrifft, so ist es selbstverständlich eine Unwahrheit, wenn Briand es so darstellt, als habe „man", nämlich die Entente oder Frankreich, diesem Staate das Leben gegeben. Die Befreiung Polens von der russischen Herrschaft ist bekanntlich durch Deutschland erfolgt, dem Blute deutscher Soldaten verdankt Polen sein Leben. Das geschah zu einer Zeit, als Frankreich noch der Verbündete des Zarenreiches, also des Todfeindes der Polen war. Heute allerdings beeifern sich Franzosen und Polen um die Wette bei jeder Gelegenheit zu wiederholen, Polen sei von der Entente oder Frankreich die Freiheit geschenkt worden. Die Polen wollen mit dieser Geschichtsfälschung von jeder Verpflichtung den Deutschen gegenüber loskommen und ihren schamlosen Undank gegen Deutschland verhüllen; die Franzosen bezwecken damit die Begründung eines Anspruchs auf besondere nutzbringende Vorrechte in Polen. Die Gönnerrolle, die sie den Polen gegenüber spielen, kitzelt ihre Eitelkeit, soll ihnen aber vor allem die Wege zur Ausbeutung der Naturerzeugnisse Polens ebnen. Ein armes Polen kann ihnen also nichts helfen, der Vasallenstaat muß mit Ausbeutungsobjekten ausgestattet werden. Das versteht Briand unter den Existenzmöglichkeiten, die man Polen geben müsse. Von dem Wunsche, sie ihm zu gewähren, beseelt, so fuhr er deshalb fort, hätten die Verbündeten Polen einen Zugang zum Meere gesichert. Als ob nicht das alte Polen, trotzdem es denselben Zugang besaß, zu Grunde gegangen wäre! Das genüge aber nicht; wenn ein Land nicht die Mittel zum Leben habe, dann sterbe es oder falle der Herrschaft der Nachbarn anheim; deshalb müsse man Polen die Verwerksbezirke Oberschlesiens geben. Das also ist die Logik der französischen Staatengründungen! Man schafft unter dem Vorwande des Selbstbestimmungsrechts irgendwelche Gebilde; und wenn sich dann herausstellt, daß es lebensunfähige Fehlgeburten sind, reißt man aus dem Leibe des benachbarten deutschen Gebiets so viel für sie heraus, daß sie eine Zeit lang auf Kosten der deutschen Kulturwerte dahin vegetieren können. Ob die deutsche, eine der ersten Kulturnationen, die ganz Osteuropa erst der Kultur erschlossen hat, dabei verblutet, ist diesem Raubsystem gleichgültig. Ebenso bedenkt es nicht, was die Folge eines solchen Raubbaus am Lebensgute der ganzen weißen Welt sein muß. Es baut Baracken für Eintagsstaaten und reißt dazu Paläste und Dome nieder!

Oberschlesien.

Der Wortbruch der interalliierten Kommission.

Oppeln, 30. Mai. An die interalliierte Kommission ist vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring folgende **Beschwerde** gerichtet worden: Die interalliierte Kommission hatte am Donnerstag, den 19. d. M., also vor zehn Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen hätten und noch treffen würden, um den gegenwärtigen Zuständen **ein Ende zu bereiten.** Die Prüfung der vorgetragenen Leiden der oberschlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohner der Stadt Kattowitz, wurde von der interalliierten Kommission dem Befehlshaber der interalliierten Truppen übertragen, der nach Kattowitz entsandt wurde. Der Oberbefehlshaber Gratier war wiederholt einige Stunden in Kattowitz. **Irgendeine erkennbare Tat ist jedoch nicht in Erscheinung getreten. Die Leiden der Bevölkerung haben sich noch gesteigert.** Zur Absperrung der Lebensmittel, der Milch für die Säuglinge sowie jeden Verkehrs und zu den täglichen Gewaltätigkeiten ist seit dem 31. d. M. die Absperrung des Wassers hinzugekommen. Die Sterblichkeit nimmt zu. Die interalliierten Lokalbehörden haben **den Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber zur Worte und sehen dem verbrecherischen Treiben der Insurgenten tatenlos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher.** Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Insurgenten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die interalliierte Kommission noch einmal. Denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und vor dem Gewissen der Welt.

Berends falsche Darstellung der Lage.

London, 30. Mai. Während dem Reuterbureau zufolge General **Berend** berichtet, daß bewaffnete Deutsche weiter in Oberschlesien einrücken, erklärte der „Times"-Berichterstatter in Oppeln, daß die Grenze an der deutschen Seite jetzt so befriedigend wie nur irgend möglich geschlossen sei. Die Disziplin der Leute des Generals Höfer sei gut, und es bestehe kein Zweifel daran, daß Geral Höfer sie fest in der Hand hat. Das ist „Daily Telegraph" zufolge bei den polnischen Insurgenten nicht der Fall, über die Korfanty in zahlreichen Bezirken keine Kontrolle mehr besitzt, und **daher Eisenbahnstationen in Brand setzen, Städte aushungern und Schlösser plündern.** Laut „Times" ist die Lage hinsichtlich des Zusammenwirkens zwischen den britischen und französischen Truppen in Oberschlesien **sehr heikel.** Die Franzosen haben bisher, wie das Blatt hervorhebt, der polnischen Besetzung so gut wie keinen Widerstand entgegengesetzt. Wenn die Franzosen ihre Politik nicht änderten, bestehe daher die ernste Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den geringen britischen Streitkräften und den polnischen Aufständischen.

Völlige Uebergabe Korfantys verlangt.

Genf, 30. Mai. Der „Temps" meldet aus Oppeln: General **Berend** hat die Ermächtigung der alliierten Kabinette erhalten, mit Korfanty auf der Grundlage **bedingungsloser Niederlegung der Waffen** zu verhandeln, jedoch ohne daß die inzwischen eingeleiteten militärischen Maßnahmen der englischen und französischen Truppen unterbrochen werden. Dem „Matin" zufolge hat Korfanty von der Interalliierten Kommission freies Geleit nach Oppeln verlangt.

Berlin, 30. Mai. Nach einer von der „Voss. Ztg." wiedergegebenen Oppelner Meldung ist in den Kreisen der interalliierten Kommission von der angeblichen Unterwerfung Korfantys, insbesondere von einem Angebot der Waffenniederlegung nicht das mindeste bekannt.

Die englischen Truppen in Oberschlesien.

Oppeln, 30. Mai. Hier sind bis Sonnabend abend 4500 Engländer eingetroffen, weitere 3000 Engländer sollen im Anrollen sein. Sie führen reiches Artilleriematerial mit sich, auch viele Tanks.

134 Deutsche verschleppt.

Berlin, 30. Mai. Aus Oppeln wird gemeldet: Die Zustände in **Hindenburg** werden immer unhaltbarer. In der Nacht vom 26. zum 27. haben etwa 50 bewaffnete Insurgenten aus dem Lyceum, in dem etwa 200 Flüchtlinge untergebracht waren, 134 Deutsche herausgeholt, viele in fürchterlicher Weise **mißhandelt** und dann in das polnische Hauptquartier **verschleppt.** Die Franzosen schritten nicht ein, obwohl das Lyceum zu den kleinen, von den Franzosen besetzten Häuserblocks des inneren Stadtteiles gehörte und obgleich dem Kreiskontrolleur das Bevorstehen eines Angriffes bekannt war.

Die Auflösung der Freikorps beendet.

Berlin, 30. Mai. Die Auflösung der Freiwilligenverbände gegen Oberschlesien war am Sonnabend beendet. Der Abtransport aus Schlesien konnte noch nicht durchgeführt werden und kann erst Mitte der Woche zum Abschluß kommen.

•

Londoner Enttäuschung über Briand.

London, 30. Mai. „Daily Teograph" zufolge hat der Vorschlag Briands, die **Konferenz des Obersten Rates** sozusagen **auf unbestimmte Zeit zu vertagen,** hier **Enttäuschung** hervorgerufen. „Daily Chronicle" erklärt, die Lage könne nicht befriedigend werden, bis sich die Alliierten über das Schicksal des oberschlesischen Gebietes schlüssig geworden sind. Durch Verschiebung dieser Konferenz könne viel verloren, aber nichts gewonnen werden.

Angebliche Steuerpläne.

Berlin, 30. Mai. Das **Reichskabinett** hat sich, der „Deutschen Tageszeitung" zufolge, überzeugen müssen, daß die **Erfüllung des Ultimatums** hinsichtlich der **Reparationszahlungen** durch neue Steuern und Abgaben allein nicht annähernd durchgeführt werden kann, daß vielmehr ein gewaltiger Eingriff in die **Substanz des deutschen Volksvermögens** nötig ist. Nach Informationen des Blattes liegt dem Reichskabinett ein (allerdings vom Reichsfinanzministerium bekämpfter) **Vorschlag des Reichswirtschaftsministers** vor, dessen wesentliche Punkte die folgenden sein sollen:

1. Bei dem Eingriff in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie die sogenannten **Sachenrechte,** die angeblich von der Entwertung des deutschen Geldes nicht betroffen worden sind, **herangezogen** werden, nämlich der **ländliche und städtische Grundbesitz** sowie die **industriellen und kaufmännischen Unternehmungen** aller Art. Zugunsten des Reparationsfonds sollen 20 v. H. dieser Besitzgattungen enteignet werden;

2. bei **ländlichem Grundbesitz** ist die Enteignung auf folgende Weise gedacht: **Zugrunde gelegt wird der Friedenswollwert.** Dieser wird zum Kurs von 1 Goldmark gleich 15 Papiermark in Papiermark umgerechnet. Auf den sich so ergebenden Papierwert des ländlichen Grundbesitzes wird eine Zuschußhypothek in Höhe von 20 v. H. mit allen bisher bestehenden Belastungen eingetragen. (Die „D. T." bemerkt dazu, daß diese Zuschußhypothek nicht weniger als 300 v. H. des Friedenswertes darstelle. Sie übersteige also bei der großen Mehrzahl aller Fälle den Gesamtwert, den der Grundbesitz heute habe. Die 20 prozentige Zuschußhypothek sei also in Wirklichkeit eine völlige Enteignung des Grundbesitzes aller Kategorien.)

3. Für den **städtischen Grundbesitz** wird die Enteignung auf demselben Wege vorgenommen. Da es offensichtlich ist, daß bei der gegenwärtig gesetzlich festgelegten Höchstmiete auch nicht ein kleiner Teil der Zwangshypothek verzinst werden könnte, ist vorgesehen, daß zu den bestehenden **Mieten** ein **Zuschlag** von 300 v. H. der Friedensmiete mit der ausschließlichen Bestimmung der Verzinsung der zugunsten des Reparationsfonds eingetragenen Zuschußhypothek tritt.

4. Bei den **industriellen** und **kaufmännischen Unternehmungen** einschließlich der **Banken** soll an Stelle der hypothekarischen Zuschußhypothek eine **Zwangsbeteiligung** für den Reparationsfonds in Höhe von 20 v. H. des in den betreffenden Unternehmungen investierten Kapitals treten. Bei künftigen Kapitalerhöhungen ist der Anteil des Reparationsfonds stets entsprechend mit zu erhöhen.

5. Durch **neue Steuern** und **Abgaben** soll der Inlandverbrauch auf den lebensnotwendigen Bedarf eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Einstellung der Produktionsstätten auf Ausfuhrgüter zu erzwingen. Gleichzeitig sollen die **Reichszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel** in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktspreisen angepaßt werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der **Kohlensteuer** in einem Ausmaße, daß der inländische Preis der Kohle unter der Berücksichtigung der Valutaentwertung dem Weltmarktpreis angepaßt wird. Die Zuschüsse zu den Verkehrsverwaltungen (**Post** und **Eisenbahn**) sollen durch eine weitere erhebliche **Steigerung** der **Tarife** in Wegfall gebracht werden.

6. Da der Ertrag der neu geplanten Steuern zuzüglich des Zinsertrages der Zwangshypothek beim ländlichen und städtischen Grundbesitz und des Ertrages der 20prozentigen Gewinnbeteiligung an den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen auch nach der Erkenntnis des Reichskabinetts jedenfalls für Jahre hinaus nicht ausreicht, um die uns auferlegten Jahreszahlungen an die Entente zu decken, ist eine schrittweise **Veräußerung** der landwirtschaftlichen und städtischen Hypotheken sowie der **industriellen Beteiligungen an das Ausland** vorgesehen.

• • •

Keine Mobilisierung der Juwelen?

Karlsruhe, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth teilte einem Vertreter der Pforzheimer Handelskammer auf eine Anfrage mit, daß von den maßgebenden Stellen des Reiches eine Abgabe von Schmucksachen zum Zwecke der Abtragung der Reparationszahlungen nicht ins Auge gefaßt worden sei.

Bayern und die Entwaffnung.

Berlin, 30. Mai. Wie die „Montagspost" meldet, ist das Reichskabinett gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es sich ausschließlich mit der **Entwaffnungsfrage** beschäftigt habe. Das Blatt will wissen, daß diese Sonntagssitzung hauptsächlich dadurch veranlaßt worden sei, daß in Bayern starke Kräfte die Auflösung der Einwohnerwehren zu verhindern suchten, wodurch eine sehr ernste Lage entstehen könnte.

München, 30. Mai. Im Staatshaushaltsausschuß wollte Ministerpräsident **v. Kahr** heute die versprochene Erklärung über die politische Lage und die Einwohnerwehrfrage abgeben. Vorsitzender Abg. Giehrl erklärte jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung, der Ministerpräsident habe mitgeteilt, daß er heute noch nicht in der Lage sei, die versprochene Erklärung abzugeben. (Unruhe und Gelächter links.) Er werde morgen früh zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Abg. **Timm** (Soz.) nannte dieses Verhalten einen unerhörten Vorgang. Es bleibe seiner Partei nichts anderes übrig, als dagegen entschieden zu protestieren. Abg. **Stang** (bay. Volksp.) erklärte namens der Koalitionsparteien, daß diese es für nötig erachten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild zu erhalten. Das werde morgen gegeben werden. Deshalb beantrage er, über die Frage heute zur Tagesordnung überzugehen. Darauf entstand bei den Unabhängigen und Kommunisten **großer Lärm;** es fielen Zwischenrufe wie: Dann wird die Geschichte über Sie (zu den Bürgerlichen) zur Tagesordnung übergehen! Der kommunistische Abg. Aenderl rief: Das ist ein Saustall sondergleichen. Schließlich wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien **der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.**

Die Wirkung der Sanktionen im besetzten Gebiet.

Köln, 30. Mai. Aus dem besetzten Gebiet wird berichtet, daß dort die wirtschaftliche Lage infolge der Sanktionen außerordentlich kritisch wird. Wegen Rohstoffmangels sowie wegen der Verkehrsstörungen sind verschiedene **Betriebe stillgelegt** worden, so daß zahlreiche Arbeiter entlassen werden mußten. Die französische Propaganda im besetzten Gebiet scheint diese Wirkungen der Zollsanktionen insofern zu begrüßen, als sie immer und immer wieder der Arbeiterschaft vorhält, daß die Betriebsstillegungen auf Machinationen der deutschen Unternehmerkreise zurückzuführen seien. Es ist festgestellt worden, daß französische Agenten mit dieser Behauptung die Beunruhigung in den Arbeiterkreisen hervorrufen. Von seiten der deutschen Behörde ist angeordnet worden, daß die Betriebsleitungen alle schweren Opfer auf sich nehmen und nach Möglichkeit Entlassungen vermeiden sollen.

Der Hansabund gegen Rat[illegible]mann.

Berlin, 30. Mai. Das Präsidium des Hansabundes [illegible]